

**Grußwort Jürgen W. Heike, MdL
anlässlich der Nominierungsversammlung der
CSU Kreisverbände Coburg-Stadt und Coburg-Land
am 28. Januar 2018**



Liebe Freunde der CSU,
sehr verehrte Damen und Herren,

ich bitte um Verständnis, dass ich auch heute zu der so wichtigen Veranstaltung nicht erscheinen kann, wünsche aber ausdrücklich den vier Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahl alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.

Selbstverständlich stehe ich, soweit ich wiederhergestellt bin, für die Kandidaten zur Unterstützung bereit, dieses Angebot habe ich auch persönlich den Kandidaten unterbreitet.

Am Ende dieser Legislaturperiode habe ich 24 Jahre als Abgeordneter, 5 Jahre Staatssekretär und sowohl im innenpolitischen als auch im rechtspolitischen Bereich sowie als Vorsitzender des PKG

(Verfassungsschutzkontrolle)

gearbeitet und meistens jedenfalls viel Freude an der Arbeit in der Politik, aber ganz besonders auch im Zusammenleben mit unseren Bürgern und Wählern gehabt. Wenn ich auch nicht jedem helfen konnte, habe ich jedoch versucht, soweit es irgendwie möglich war, mich um solche Fragen, die die Bürger an mich herangetragen haben, zu kümmern. Sei es Versetzungen, Empfehlungen für Einstellungen, Unterstützung bei wirtschaftlichen Notlagen und vieles mehr.

Ich kann feststellen:

Die CSU im Coburger Land ist gut aufgestellt, sie hat sich nunmehr verjüngen können und wird mit einem neuen Stil die Politik betreiben. Wir brauchen jedenfalls keine Kandidaten

zu reaktivieren bzw. in einem Alter zu nominieren und dem Wähler zu empfehlen, wo die meisten unserer Bürger eher an den Ruhestand als einen Neustart denken.

Unser Haus ist bestellt, wir geben auch tatsächlich der Jugend eine Chance und reden nicht nur darüber.

Waren auch die letzten Monate sehr hektisch, so habe ich mich bei persönlichen Angriffen bisher nicht gewehrt, weil ich in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen werde und will. Allerdings ist für mich unverständlich, wie man einerseits in einer Gemeinschaft mitarbeiten will, die man andererseits mit einem Zwangsgeld von bis zu 250.000 € bedroht.

Wichtiger ist für mich aber die Diskussion um die Straßenausbaubeitragssatzung. Auch einige unserer eigenen Verantwortlichen müssen sich hier vorhalten lassen, dass sie nicht sofort die Zeichen der Zeit erkannt hatten.

Seit über 4 Jahren kämpfe ich mit den Initiatoren der Bürgerinitiative gegen die „Strabs“, insbesondere mit Prof. Kalwait, um eine gerechtere Behandlung der Bürger, wenn bei ihnen Straßen erneuert oder ausgebaut werden. Mich hat betroffen gemacht, dass Hauseigentümer, die Rentner geworden sind, jetzt plötzlich mehrere 10.000 € Beitrag zahlen sollen, obwohl neben der Einzelabrechnung, die zu solchen Ungerechtigkeiten führt, andere Möglichkeiten von uns als Gesetzgeber angeboten worden sind.

Die Umlage auf alle Bürger, die ja auch alle die Straße benutzen, wäre für meine Vorstellung möglich und vor allem gerechter gewesen. Peinlich war für mich die Erkenntnis, dass es auch Juristen gab, die, natürlich in Kenntnis ihrer falschen Darstellung, immer wieder betonten, dass der Gesetzgeber, also der Bayerische Landtag (übrigens fast einstimmig mit den Stimmen der SPD) diese Satzungen gemacht habe. Richtig ist, dass ein Gesetz gemacht wurde, die Satzungen jedoch von den einzelnen Gemeinden selbst entwickelt und durch ordnungsgemäße Abstimmung in Kraft gesetzt werden mussten.

Von besonderer Bedeutung ist dabei ein Schreiben des Rechtsamtes des Landratsamtes, worin die Bürgermeister ultimativ und sehr massiv zur Schaffung einer

Beitragssatzung mit Einzelabrechnung angehalten wurden, wobei sich das Amt nicht scheute, sogar strafrechtliche Konsequenzen für Stadt- und Gemeinderäte und auch eine Ersatzvornahme mit der Maßgabe einer Rückwirkung der Beitragserhebung für 20 Jahre drohte.

Tatsache ist, dass seit dem September 2017, also lange vor der Initiative der Freien Wähler, die wieder einmal Trittbrettfahrer waren, in der Fraktion diskutiert und im Coburger Raum sogar mit einer Einladung zu einem Gespräch mit dem innenpolitischen Sprecher Dr. Herrmann geführt hat. Leider war außer dem Landrat kein Mandatsträger der SPD oder der Freien Wähler zu dieser Informationsveranstaltung gekommen und konnte somit auch nicht die Feststellung mitnehmen, dass weder

das Bayerische Staatsministerium und sein Minister Joachim Herrmann, noch die Regierung von Oberfranken die Schaffung dieser Beitragssatzung angeordnet hatten.

Abschließend möchte ich mich bei all meinen Wählern, ganz besonders aber bei meinen Freunden und Freundinnen der CSU, der JU, der SEN und natürlich auch der FU bedanken.

Wir haben manches gemeinsam bewegen können, wir haben unsere Region vorangebracht. Die finanziellen Zuwendungen, insbesondere auch für die Gemeinden und den Landkreis, sind ja jetzt erst wieder bekannt gemacht worden. Alleine der Landkreis erhält 16 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen (Neustadt über 4 und Rödental über 3 Mio. Euro), das kann sich wahrhaft sehen lassen!